

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.  
Abonnementpreis 1,00 Mark pro  
Quartal inkl. Beleggeld. Bestel-  
lungen nehmen an alle Post-  
anstalten, sowie die Expedition,  
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate  
pro viergehaltene Belegzeile 60 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;  
Eiellenangebote 40 Pf.; Verfam-  
lungsunzeigen 20 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 42.

Berlin, den 12. Oktober 1913.

29. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Die Anstellung je eines zweiten Verbandsbeamten:

1. für die Zahlstelle Hamburg-Altona,
2. für den Gau 12 und die Zahlstelle Chemnitz

ist vom Vorstand und Ausschuss beschlossen worden. Wir bringen beide Stellen hiermit zur Ausschreibung und bemerken, daß die Arbeitsteilung zwischen den bisherigen und den neuen Beamten späterer Regelung vorbehalten bleibt.

Zugelassen als Bewerber sind alle männlichen und weiblichen Verbandsmitglieder, die dem Verbandsverbande mindestens fünf Jahre angehören. Dieselben müssen der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig und in allen Agitations- und Verwaltungsarbeiten bewandert sein. Der Antritt der Stellen mußte möglichst bald erfolgen. Nähere Verständigung darüber bleibt vorbehalten.

Das Gehalt für männliche Angestellte beträgt im ersten Jahre 2000 Mk. und steigt die ersten drei Jahre um je 100 Mk., dann um je 50 Mk., bis zum Höchstgehalt von 2700 Mk. Das Gehalt für weibliche Angestellte beträgt im ersten Jahre 1500 Mk. und steigt in den ersten beiden Jahren um je 100 Mk., dann um je 50 Mk., bis zum Höchstbetrag von 2000 Mk. Solchen Bewerbern, die sich zurzeit in ähnlichen Stellen befinden und bereits ein höheres Gehalt beziehen, kann ein entsprechend höheres Anfangsgehalt gezahlt werden.

Bewerber wollen ein Bewerbungsschreiben sowie Angaben über ihren Lebenslauf und ihre bisherige Tätigkeit für den Verband bis zum 27. Oktober an uns einreichen.

2. In Gummersbach-Ründeroth (Rheinprovinz) ist eine neue Zahlstelle des Verbandes errichtet. Unterstützung wird dort vorläufig nicht ausgezahlt.

3. Eine Erhöhung der Lokalbeiträge von 5 auf 10 Pf. pro Woche für die Mitglieder der 4. und 5. Beitragsklasse ist von der Zahlstelle Würzen und die gleiche Erhöhung für alle männlichen Mitglieder von der Zahlstelle Kattowitz beschlossen und unsererseits genehmigt worden.

4. Das Handbuch für die Bevollmächtigten soll sobald als möglich in neuer Auflage erscheinen. Wir ersuchen hiermit die Bevollmächtigten sowie alle Mitglieder, die Änderungen im Handbuch wünschen, uns solche spätestens bis zum 1. November mitteilen zu wollen, damit wir die Vorschläge prüfen und eventuell mit berücksichtigen können.

5. Das Protokoll des Verbandstages und das neue Verbandsstatut ist an alle Gau- und Ortsverwaltungen versandt worden. Die zugehenden Protokolle werden den Verwaltungen mit 20 Pf. pro Stück in Rechnung gestellt.

Wir ersuchen alle Gau- und Ortsverwaltungen, für recht zahlreichen Vertrieb des Verbandstagsprotokolls zu wirken. Nachbestellungen kann noch in ziemlich umfangreicher Weise entsprochen werden.

6. Von dem in voriger Woche versandten Agitationsflugblatt bitten wir recht ausgiebigen Gebrauch zu machen. Es ist sowohl in den Werkstätten als auch bei der Hausagitation und auch sonst bei jeder geeigneten Gelegenheit an die unorganisierten Kollegen und Kolleginnen abzugeben. Weitere Flugblätter stehen in jeder gewünschten Anzahl zur Verfügung.

7. Das frühere Mitglied Hugo Bönner aus Annaberg hat mehrfach Verbandsmitglieder und auch andere Personen in betrügerischer Weise geschädigt. Wir warnen deshalb alle Mitglieder vor demselben. Der Vorstand.

## Fortschritte und Erfolge unserer Gewerkschaften im Jahre 1912.

### II. Kämpfe und Erfolge.

Die wirtschaftliche Konjunktur war auch den auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bewegungen nicht so günstig als die des Jahres 1911. Die langwierigen Weltkrisen und die damit verbundene hohe Spannung der politischen Lage und des Geldmarktes übten ihre ungünstige Wirkung auch auf das Erwerbsleben Deutschlands aus. In einer großen Anzahl unserer Industrien flaute der Geschäftsgang erheblich ab und ein stärkeres Angebot von Arbeitskräften machte sich auf dem Arbeitsmarkte bemerkbar. Vergleicht man die Ergebnisse der Statistik über: Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1912 mit den Zahlen der vorjährigen Statistik, so will es scheinen, als wenn die ungünstigere wirtschaftliche Lage von keinem Einfluß auf Zahl und Umfang der wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterschaft war. Es ist vielmehr zahlenmäßig eine Vermehrung der Bewegungen wie auch der daran beteiligten Personen zu konstatieren. Es fanden 9961 Bewegungen statt, an denen 1254358 Personen beteiligt waren, so daß gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 291 Bewegungen und 242689 Personen zu verzeichnen ist. Hierbei muß jedoch berücksichtigt werden, daß im Frühjahr 1912 der große Bergarbeiterstreik ausbrach, an welchem allein 237732 Personen beteiligt waren. Sieht man von diesem Kampf als einer Ausnahmeerscheinung ab in dem Sinne, daß eine solche erhebliche Teilnahme von Personen eines Berufes an den wirtschaftlichen Kämpfen sich nicht alljährlich wiederholt, so ist die verbleibende Zahl der Beteiligten der des Jahres 1911 annähernd gleich.

Von den 9961 Bewegungen verliefen 7136 mit 774769 Beteiligten ohne Arbeitseinstellung. In 2825 Fällen kam es zu Kämpfen, an denen 479589 Personen durch Arbeitseinstellung beteiligt waren. Seit dem Jahre 1905, in welchem zum erstenmal die Erhebungen auch auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung ausgedehnt wurden, hat sich der Anteil dieser Bewegungen an den Gesamtzahlen ständig gesteigert. 1905 verliefen 56,1 Proz. aller Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, 1912 aber 71,6 Proz. In

diesem Verhältnis drückt sich nicht allein die wachsende Macht der Gewerkschaften aus, sondern es legt auch Zeugnis davon ab, daß es den Arbeitern nicht in erster Linie auf die Führung von Streiks ankommt, wie die Scharfmacher fortwährend behaupten, um Stimmung für eine Erdrosselung des Konfliktrechts zu machen, sondern auf die notwendige Verbesserung ihrer Lebenslage. Erst dann greifen die Arbeiter zum Streik, wenn eine friedliche Verständigung über Differenzen bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an dem Starrsinn des Unternehmers scheitert. Die Bewegungen verursachten eine Gesamtausgabe von 11733749 Mk.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden 6304 mit 736407 Beteiligten unternommen, um Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. 832 Bewegungen mit 38262 Beteiligten wurden dagegen durch das Bestreben der Unternehmer, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, hervorgerufen. Der Erfolg der Angriffsbewegungen entspricht annähernd dem des Vorjahres. Sie waren in 4642 Fällen mit 511232 Beteiligten erfolgreich und in 1512 Fällen mit 20558 Beteiligten teilweise erfolgreich. Die Abwehrbewegungen endeten in 676 Fällen mit 36477 Beteiligten erfolgreich und in 73 Fällen mit 982 Personen teilweise erfolgreich. Die Zahl der Abwehrbewegungen ist zwar seit 1909 zurückgegangen, die gegen das Vorjahr wieder stark vermehrte Zahl der Beteiligten zeigt aber, wie sehr die Arbeiter bemüht sein müssen, ihre Organisationen immer weiter zu stärken, um die Neigung der Unternehmer, ungünstige Konjunkturen zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auszunützen, erst gar nicht aufkommen zu lassen. — Die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung erforderten eine Ausgabe von 247384 Mk.

Beeinflußt von dem bereits erwähnten umfangreichen Bergarbeiterstreik, bieten die durch Arbeitseinstellung zur Entscheidung gebrachten wirtschaftlichen Kämpfe ein von den Vorjahren erheblich abweichendes Bild. In welcher harten Weise dieser Bergarbeiterstreik auf das Zahlenverhältnis der Statistik einwirkt, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß von allen Personen, die 1912 an den Arbeitskämpfen beteiligt waren, fast die Hälfte allein auf den Bergarbeiterstreik entfielen. Da dieser umfangreiche Kampf in der Statistik nur mit 4 Streikfällen verzeichnet ist, so ergibt sich für 1912 gegenüber dem Jahre 1911 eine geringere Zahl an Arbeitskämpfen und eine beträchtlich höhere Zahl von Personen, die an diesen Kämpfen beteiligt waren. Es betrug 1912 die Zahl der Arbeitskämpfe 2825 und die Zahl der daran beteiligten Personen 479589. Unter diesen befanden sich 27557 weibliche.

Der Rückgang der Kämpfe erstreckt sich nur auf die Streiks. Aussperrungen sind dagegen in vermehrter Zahl vollzogen worden. Es wurden geführt 1543 Angriffstreiks und 926 Abwehrstreiks; Aussperrungen erfolgten 356. Von den Personen, die im Kampfe stand, kommen 352090 auf die Angriff- und 45400 auf die Abwehrstreiks. Von Aussperrungen wurden 82099 Personen betroffen. Gegenüber dem Jahre 1911 wurden 262 Angriff- und 76 Abwehrstreiks weniger geführt, während die Zahl der Aussperrungen um 149 stieg. Diese Tat-

sache scheint dafür zu sprechen, daß bei dem Unternehmertum eine stärkere Angriffsflut vorhanden war, während sich die Arbeiterkraft in ihren Kämpfen zurückhaltender verhielt, Symptome, die mit der unsicheren wirtschaftlichen Lage, der größeren Arbeitslosigkeit und dem stärkeren Andrang von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt in Einklang stehen. Allerdings wird die Annahme einer stärkeren Angriffsflut der Unternehmer wieder eingeschränkt durch die um 31.258 gesunkene Zahl der Ausgesperrten.

Der Ausgang der gesamten Kämpfe war im Jahre 1912 etwas weniger günstig als 1911. Es endeten 1721 erfolgreich, 458 teilweise erfolgreich und 538 erfolglos. Von 63 Kämpfen mit 5730 Beteiligten blieb der Ausgang unbestimmt und 45 mit 3992 Beteiligten waren am Jahresabschluss nicht beendet. Von den an den Kämpfen beteiligten Personen waren 303.115, darunter 20.851 weibliche, in die Streiklisten eingetragen. Davon gehörten beim Beginn des Kampfes 245.663 männliche und 18.618 weibliche Personen den Organisationen an. Von diesen organisierten Personen waren 188.852 männliche und 9.913 weibliche schon 6 Monate vor Beginn des Kampfes Mitglieder ihres Verbandes. Beisitzende waren 157.677 männliche und 7.474 weibliche Personen. Die in den Streiklisten Verzeichneten hatten insgesamt 320.122 Minder unter 14 Jahren zu ernähren.

Die Kämpfe erforderten eine Gesamtausgabe von 11.486.365 M. Sie ist um 4.576.541 M. geringer als im Vorjahre. Von den gesamten Kosten konnten auf die Angriffsstreiks 6.911.857 M., die Abwehrestreiks 947.925 M., und die Aussperrungen 3.527.615 M. Außerdem veranlagten 4 Verbände noch 208.068 M. an Unterzügen für Mitglieder, die an den Kämpfen anderer Verbände mit beteiligt waren. Die Durchführung der Angriffsstreiks beanspruchte also über die Hälfte der Gesamtkosten.

Von den 1543 Angriffsstreiks wurden 785, reichlich die Hälfte aller Streiks, unternommen, um Lohn-erhöhungen zu erreichen. 293.813 Personen waren daran beteiligt. Darunter befinden sich auch die Beteiligten des Bergarbeiterstreiks. Um Arbeitszeitverkürzung allein wurden 89 Streiks mit 5167 Beteiligten und um Arbeitszeitverkürzung und Lohn-erhöhung 572 Streiks mit 44.906 Beteiligten geführt. Von den gesamten Angriffsstreiks endeten 940 mit 56.893 Beteiligten erfolgreich, 291 mit 32.012 Beteiligten teilweise erfolgreich und 295 mit 257.819 Beteiligten erfolglos.

Von den 926 Abwehrestreiks wurden 333 mit 9073 Beteiligten geführt, um eine Lohn-erhöhung abzuwehren. In 231 Fällen war Maß-regelung von Arbeitern die Ursache, von welchen 13.498 Personen betroffen wurden. In 24 Fällen

wurde zur Wahrung des Koalitions-rechts die Arbeit eingestellt und 22 Streiks mit 673 Beteiligten wurden zur Abwehr einer Arbeits-zeitverlängerung unternommen. Der Aus-gang der gesamten Abwehrestreiks war in 599 Fällen mit 29.263 Beteiligten erfolgreich, in 65 Fällen mit 3845 Beteiligten teilweise erfolgreich und in 193 Fällen mit 9771 Beteiligten erfolglos.

Mit ihren Aussperrungen haben die Unternehmer nicht gut abgekommen. Von den ge-samten 356 Aussperrungen endeten 523 Proz. für die Arbeiter erfolgreich. Oder anders ausgedrückt: über die Hälfte aller Aussperrungen verblieb voll-ständig die damit beabsichtigte Wirkung und brachte den Unternehmern keinen Erfolg. Mit diesen für die Arbeiter erfolgreichen Aussperrungen über-trug das Jahr 1912 alle früheren Verichts-jahre. Die mit teilweisem Erfolg beendeten Aus-sperrungen stehen nur gering hinter dem Vorjahre zurück. Die Aussperrungen, die den Unter-nehmern vollen Erfolg brachten, d. h. für die Arbeiter erfolglos verliefen, gingen von 29,4 im Vorjahre auf 14,4 Proz. zurück. Von 1900 bis 1912 sind von dem Unternehmertum insgesamt 3324 Aus-sperrungen verhängt worden, von denen 966.611 Per-sonen betroffen wurden. Durch diese Aussperrungen entstand ein Verlust an Arbeitszeit von 20.681.085 Tagen. Die Durchführung dieser Aussperrungen kostete den Gewerkschaften die respektable Summe von 45.306.465 M. Das sind gewaltige Opfer, die der Arbeiterschaft durch die Aussperrungen bisher auferlegt wurden. Trotzdem haben wir keine Ur-sache, darüber zu klagen, wenn die Unternehmer auch ihrerseits versuchen, in dem wirtschaftlichen Kampfe ihre Machtmittel anzuwenden. Man sollte es dann aber auch unterlassen, immer die Arbeiter als diejenigen hinzustellen, die das Wirtschaftsleben durch ihre Streikflut erschüttern. Der Arbeiter wird von der Notwendigkeit getrieben, eine Verbesserung seiner Lage anzustreben. Er vermag das nur, wenn er den Wert seiner Persönlichkeit und seiner Arbeits-kraft durch gemeinsames Handeln mit seinen Klassen-genossen dem Unternehmer gegenüber zu steigern versucht. Das sind kulturelle Bestrebungen in des Wortes vollster Bedeutung, die in ihren Kon-sequenzen dem gesamten Volke zugute kommen. Die Arbeiterschaft hat keine Veranlassung, mutwillig Erschütterungen des wirtschaftlichen Lebens herbei-zuführen. Solche Erschütterungen führen nur jene Leute herbei, die sich dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft gewalttätig in den Weg stellen. Durch die Aussperrungen hat das Unternehmertum den be-absichtigten Zweck, die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft illusorisch zu machen, bisher nicht erreicht, und es wird dieses Ziel auch nie er-reichen.

Durch die Angriffsbewegungen wurde ins-gesamt erreicht: Arbeitszeitverkürzung für 378.185 Personen von zusammen 830.151 Stun-den pro Woche. Ferner Lohn-erhöhungen für 530.021 Personen von zusammen 946.961 M. pro Woche. Außerdem erreichten 388.563 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedin-gungen. Im Durchschnitt entfällt auf jede beteiligte Person eine Arbeitszeitverkürzung von 2/3 Stunden und eine Lohn-erhöhung von 1,79 M. pro Woche. — Durch die Abwehrebewegungen wurde abgelenkt: Für 2337 Personen eine Arbeitszeitverlän-gerung von zusammen 11.042 Stunden und für 19.840 Personen eine Lohn-erhöhung von zu-sammen 38.794 M. pro Woche; ferner für 55.589 Personen sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Trotz erfolgreicher Abweh-reiten an Verschlechterungen ein: Für 150 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 414 Stunden und für 1187 Personen eine Lohn-erhöhung von zusammen 3014 M. pro Woche. Sonstige Ver-schlechterungen der Arbeitsbedingungen erlitten 17.38 Personen.

Bei den Bewegungen insgesamt kam es in 4804 Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen für 351.548 Personen. Von diesen Tarifverträgen wurden 3609 für 250.841 Personen abgeschlossen bei Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, der andere Teil entfällt auf die Streiks und Aussperrungen. Nicht in allen Fällen wird man den Abschluß eines Tarifvertrages als einen Erfolg für die Ar-beiter ansprechen können. Es kommt bei der Ver-mittlung eines Tarifes in erster Linie darauf an, welches Maß an Verbesserung und Sicherung der Ar-beitsbedingungen damit erreicht wurde. Soweit aber auch die Meinungen über die Einschätzung eines Tarifvertrages auseinandergehen mögen, das eine ist schon heute klar, daß in dem gegenwärtigen Ver-fahren, gemeinsame Arbeitsverträge mit für die Organisationen rechtsverbindlichen Normen zu schaffen, die Anfänge für eine vollständige Um-bildung des Arbeitsvertrages liegen. Die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Konsequenzen für die zukünftige Gestaltung des Arbeiterrechts dürften in ihrer vollen Tragweite schon heute wohl kaum zu übersehen sein. Die sich vorbereitende Umbildung des Arbeitsvertrages wird uns gewollten wirtschaft-lichen Kämpfen entgegenführen, die für unsere Zu-kunft von entscheidender Bedeutung sein werden. Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Gewerkschaften sich diesem wirtschaftlichen Ringen um das Mit-bestimmungsrecht im Produktionsprozeß gewachsen zeigen werden, denn schon aus den seitherigen Kämpfen heraus steigerte sich ihre Macht und Stärke. Und diese Machtentwicklung wird fort-schreiten mit dem wachsenden Um-fang der Arbeitskämpfe. Noch stehen

**Wunderliche Lebensläufe.**

Septimus und Säuberlich.

Von M. Schniker.

IV.

Bei diesem alle Welt bewegenden Wort — die Braut und ihre Mutter hörten nicht mehr zu, denn sie hatten zu schluchzen angefangen, und der Ton der Stimme, die ihnen zu Herzen gegangen war, brachte ihre Nahrung zu stets erneuertem Ausbruch — ging auch in Michel Septimus eine merkwürdige Verände-rung vor sich. Er fühlte es noch immer sehr wohl, daß der Kern der grobhartigen Worte gegen ihn ge-richtet und gerichtet sei, ihn vor sich selbst und vor den Leuten verächtlich zu machen, aber trotzdem verschwand jetzt die tödliche Kälte zwischen seinen zusammen-gezogenen Brauen. Die zu Klauen geballten Hände lösten sich und versuchten, leise auf der Tischdecke zu trommeln. Die lauernd geduckte, wie zum Sprung bereite Gestalt richtete sich leicht und nachlässig in die Höhe, und in dem scharfgeschnittenen, von einem braunen Bart umrahmten Gesicht erschien ein nicht unangenehmes Lächeln, das die guten Zähne sehen ließ. Und so, im Hautenil zurückgelehnt, wie ein Mann, der mit sich zufrieden und im reinen ist, sah er jetzt seinem Feinde mit heiterer Unbefangenheit ins Auge. Ja er nickte ihm zwei, dreimal wie bei-fällig zu, worüber Herr Säuberlich, überrascht durch diese seiner Absicht zumiderlaufende Wirkung der Rede, den Atem verlor, einen Moment lang nach Luft und Worten schnappte, um dann, nachdem er einen Satz dreimal angefangen hatte und in Schweig ge-raten war, ein wenig unermittelt zu schließen: „Und so darf ich das neue Mitglied meiner Familie auf das wärmste begrüßen und mit wahrer Herzens-

freude jagen: „Ich habe gefürchtet, einen Sohn zu verlieren, und siehe, ich habe eine Tochter gefunden“. . . . Auf das Glid meiner lieben Kinder erhebe ich das Glas!“

Tosende Hochrufe, Gläserklirren und neuerliche Gratulationen, Händedrück und Küsse folgten diesem effektvollen Schluß. Hierauf schritt Herr Säuberlich die lange Tafel ab, um mit jedermann anzustößen und nochmalige Glückwünsche entgegenzunehmen, die nicht mehr dem Vater, sondern dem glänzenden Redner galten. . . . Sogar Frau Septimus fühlte sich in Drange ihres erschütterten Herzens getrieben, den stattlichen Mann zu umarmen, was man mit stürmischen Bravos begrüßte. Dadurch in vortref-fliche Laune gebracht, reichte Säuberlich, offenbar um vor aller Welt zu zeigen, daß ihm keine Schuld an den bekannten Vorgängen beizumessen sei, seinem Feinde — allerdings ein bißchen feimäris schielend — sein Glas hin, mußte aber erlaucht aufschauen, als Septimus, ohne jene nachlässige Haltung zu ver-ändern, mit einem eigentümlichen Grinsen Bescheid tat und dabei murmelte: „Das hast du gut gemacht, Josef!“ — eine Anerkennung, die die gebobene Stim-mung des Gezeierten sofort wieder herabdrückte. Er machte fühlen, daß der kleine Mann, den er seeben vollends niedergeschmettert zu haben glaubte, etwas gegen ihn im Schilde führte, vielleicht gar eine Störung der schönen Eintracht, die in der Gesell-schaft herrschte. . . . eine Beleidigung seiner Gäste, der Mitsiedler des Hofins, die ihm gerade an diesem Tage soviel Ehre antaten. . . . Aber hierin irrte er sich. Seine mißtrauische Anruhe, sein Beobachten und Ansposten erwiesen sich als unberechtigt. . . . Michel Septimus machte keine Miene, irgend etwas zu tun, das gegen Anstand und

gute Sitte hätte verstoßen können oder was auch nur darauf hingedeutet hätte, daß er nicht genau so zufrieden und glücklich sei, wie sein Schwiegerbruder Säuberlich. Das Lächeln verschwand nicht aus seinem Gesicht, ja er wurde heiter und begann sich mit Geist und Witz an den Tischgesprächen zu beteiligen, so daß die jüngeren Gastmionmitglieder bereits näher-rückten, ihm hin und da zutrunkten und versicherten, es sei jammer schade, daß er dem Leseverein nicht beitrete, was ihm sehr zu vergnügen schien. Das einzige, was an ihm auffallen konnte, war, daß er häufig nach der Uhr sah und jedesmal das Braut-paar zum Ausdruck ermahnte. Als ob er ein ganz besonderes Interesse daran hätte, daß der Zug nicht versäumt werde. Gegen sechs Uhr — nach dem Kaffee — verabschiedeten sich denn auch die von ihren Müttern begleiteten jungen Leute, ohne daß ihre Entfernung irgendwie fühlbar geworden wäre, um so weniger als die Menas nach kurzer Zeit mit ge-röteten Augen zurückkehrten und sich neurdigens ihren Pflichten als Hausfrauen und Hochzeitsgeberinnen widmeten.

Eine Stunde darauf wurde der Saal für die Tanzunterhaltung der anwesenden Jugend ein-gerichtet und nach einer weiteren Stunde der Ball von Säuberlich und Frau Septimus und von Sep-timus mit Frau Säuberlich eröffnet. Hierauf zogen sich die älteren Herren in die Nebenzimmer des Gasthofs zurück, um zu rauchen, Karten zu spielen, ihre Debatten wieder aufzunehmen und weiter zu diskutieren. Denn Frau Septimus hatte dort ein Büfett mit feinen Schnäpsen, Porterbier, Limonaden und schweren Weinen samt Zubiß auf-stellen lassen. Auch ein mächtiger Samowar summete auf dem toren- und flaschenbeladenen Tisch.





Nun mußte sich ja zeigen, was dahinter steckt, als am 20. September eine Versammlung der Arbeitnehmer zu diesen Vorgängen Stellung nahm. Nach dem Vorschlage der Tarifkommission wurde dort beschlossen, obgleich der alte Tarif am 30. September abließ und ein neuer nicht zustande gekommen war, zunächst die Arbeit weiter fortzusetzen. Diesem Beschluß kam die Kollegenschaft nach. Man hätte nun erwarten dürfen, die Unternehmer würden den von ihnen vorgelegten Gegenentwurf am 1. Oktober früh zur Unterschrift vorlegen. Das ist nicht geschehen, vielmehr ließen noch einige Unternehmer durchblicken, daß sie friedliche Vereinbarungen für möglich hielten.

In einer weiteren Versammlung vom 2. Oktober wurde nun der Kollegenschaft ein Tarifvertrag vorgelegt, der an die einzelnen Unternehmer gefandt werden sollte. Dieser Entwurf enthält unter Berücksichtigung der Verhältnisse eine Anzahl Verbesserungen, geht aber nicht über das Maß des Erreichbaren hinaus. In reichlicher Distinktion wurden Stimmen laut, die weitergehende Forderungen wünschten, doch beließ es die Versammlung bei den von der Tarifkommission formulierten Bestimmungen, um ihrerseits zu bekunden, daß die Arbeiterschaft einer friedlichen Verständigung kein Hindernis bereite. Den Unternehmern wurde bis 4. Oktober Frist gewährt, sich für oder gegen die Annahme des Tarifs zu entscheiden.

Für den 5. Oktober, früh 10 Uhr, war eine weitere Versammlung anberaumt worden, in der nun die Entscheidung fallen mußte. Kollege Bützberger, der auch dort referierte, gab die Antworten der Unternehmer bekannt. Es haben den Vertrag unterschrieben die Firmen Rudolf Eisk sowie Heise und Feuner. Verhandlungen finden am 6. Oktober bei W. Hoffmann statt, die wohl zur Anerkennung des Tarifs führen dürften. Namens der Arbeitnehmervereinigung und dreier Nichtmitglieder schrieb Herr Rasse, daß dieselben den Tarif einstimmig ablehnten, aber auch noch wie vor weitere Verhandlungen von der von uns erst zu billigenden Einführung der Akkordarbeit abhängig machen. Die Versammlung erkannte an, daß ihre Tarifkommission alles getan habe, um den Zustand zu vermeiden, daß aber nun die Zeit sei, dem Verhalten der Prinzipale energisch entgegenzutreten. Der Beschluß, die Arbeit am 6. Oktober nicht wieder aufzunehmen, wurde in geheimer Abstimmung mit 117 gegen 2 Stimmen gefaßt.

In einer Versammlung der Streikenden vom 6. Oktober wurde bekanntgegeben, daß auch die Firma W. Hoffmann den Tarif unterschriftlich anerkannt hat, sowie nachträglich noch die Firma G. Wahl, so daß bis jetzt 4 Firmen bewilligt haben. Am Streik sind beteiligt 103 Kollegen und 9 Kolleginnen aus 15 Betrieben.

Berlin ist für Etuisarbeiter gesperrt!

**Noch ein Wort an unsere Einlerer.**

Wenn man die beiden Artikel im Verbandsorgan verfolge, dann konnte man ersehen, wie sich mit Naturnotwendigkeit die Folgen einstellen mußten, die sich aus der bisherigen schnellen Aufwärtsbewegung und dem jetzt eingetretenen plötzlichen Stillstand unserer Branche erklären lassen. Obgleich sich diese Verhältnisse speziell in den Städten mit der größten Kollegenzahl besonders bemerkbar machen, so ist doch auch in der Provinz, wo infolge des knappen Angebots unsere Kollegen ein einigermaßen annehmbares Einkommen haben, eine Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse zuzehenden erfolgt. Was sind die Ursachen dieser Zustände? Vor allem, wie schon in den Artikeln erwähnt wurde, die ganz unverhältnismäßig große Anzahl von Lehrlingen, ferner das Anlernen von Hilfsarbeitern und Mädchen. Wollen wir nun den Rückgang in unserer Branche aufhalten, dann müssen wir möglichst bald durchgreifende Maßnahmen treffen. Werden z. B. in einem Betriebe unverhältnismäßig viele Lehrlinge gehalten, dann müßten die Kollegen die jungen Leute sowie deren Eltern über das Aussichtslose des Berufes aufklären, um so zu veranlassen, daß sie sich einem anderen Gewerbe zuwenden. Weiter müßte gegen Firmen vorgingehen werden, die ausschließlich Schul- und Schreibpapiere herstellen. Solchen Firmen muß das Halten von Lehrlingen unmöglich gemacht werden, indem man auch die Handwerkskammern auffordert, gegen diese einzuschreiten. In keiner Branche gibt es so viele schlecht und mangelhaft ausgebildeten Arbeitskräfte als in der unseren, was darauf zurückzuführen ist, daß in obenerwähnten Betrieben eine regelrechte

Ausbildung nicht möglich sein kann. Was das Anlernen von Hilfsarbeitern und Mädchen anbelangt, da sollten die Kollegen nicht — wie es leider oft geschieht — aus Bequemlichkeit das Hilfspersonal Verrichtungen an der Maschine oder am Sekstagen machen lassen. Sollte dies aber vom Unternehmer verlangt werden, dann müßte strikte Weigerung eintreten, die nötigenfalls vom Verband nachahlig unterstützt werden muß. Endlich muß alles aufgeboten werden, die noch aufstehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen, damit wir auch auf den Arbeitsnachweis einen größeren Einfluß ausüben können. Dem Vorschlag auf Abhaltung einer Linierekonferenz kann man sich nur anschließen. Diese müßte jedoch möglichst bald abgehalten werden.

G-n.

**Bericht vom Gautag des Gau 5.**

Am 28. September tagte in Aichersleben der Gautag des Gau 5. Kollege Böhm-Magdeburg hieß die Erschienenen willkommen. Er gedachte mit warmen Worten unseres früheren Gauleiters, des Kollegen Herzberg, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben.

In das Bureau wurden gewählt: v. d. Meiß-Magdeburg und König-Halberstadt als Vorsitzende, Richter und Luther-Magdeburg als Schriftführer. Vertreten sind 11 Orte durch 17 Delegierte, und zwar von Magdeburg 3, Aichersleben 2, Halberstadt 2, Dessau 1, Wittenberg 1, Oerwieck 2, Quedlinburg 2, Bernburg, Wernigerode, Burg und Stendal je 1. Der Gauvorsitz ist vertreten durch Böhm, Vollmann und Schwanengel-Magdeburg. Ferner war Kollege Harder vom Verbandsvorstand sowie der Bezirksleiter Kornacker-Hannover anwesend. Als Gäste waren noch einige Kollegen erschienen. Langloß begrüßte die Anwesenden im Namen der Zahlstelle Aichersleben und wünschte den Verhandlungen guten Erfolg.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauvorsitzes; 2. Bericht der Aicherslebener; 3. Verbandsangelegenheiten; 4. Gaubeitrag; 5. Verschiedenes.

Aus dem Geschäftsbericht des Kollegen Böhm ergab sich, daß es auch im Gau 5 vorwärts geht, wenn auch nicht in dem Maße, wie es erwünscht wäre. Die Gautafse hatte am 1. Juli 1913 einen Bestand von 1406,10 Mk. Der Mitgliederbestand im Gau ist 650.

Ueber die Lohnbewegungen im Gau berichtete Kornacker-Hannover: Der Ausgang des Kampfes in Aichersleben ist durch die Zeitung bekannt. Viele ungünstige Momente brachten es mit sich, daß derselbe nicht zu unseren Gunsten ausfiel. Besser konnten wir in Magdeburg absenden, und auch in Oerwieck ist es gelungen, einen neuen Tarif abzuschließen, der den Kollegen eine 7 1/2 prozentige Lohnerhöhung sowie die 53stündige Arbeitszeit und bei einer Firma auch Ferien unter Fortzahlung des Lohnes brachte. Diejem Berichte folgte eine sehr ausgedehnte Debatte, in der vor allem Langloß-Aichersleben Beschwerde wegen unvollständigen Verhaltens gegen den Vertrauensmann in Quedlinburg erhob. Nachstehende Resolution gelangte zur Annahme:

„Die am 28. September in Aichersleben zum Gautag versammelten Delegierten geben der Ansicht Ausdruck, daß Vorsitzende in der Regel nicht gleichzeitig als Vertrauensleute des Verbandes tätig sein können. Der Gautag erwartet, daß unter Berücksichtigung des Vorstehenden der Vertrauensmann in Quedlinburg von diesem Amte zurücktritt.“

Langloß ging auf die in Aichersleben stattgehabte Lohnbewegung des näheren ein. Er sprach sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß trotz unseres Einspruchs während des Streiks und auch heute noch große Aufträge für die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine den Aicherslebener Papierwarenfabriken übertragen werden, die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber so sehr den Herrenstandpunkt herausheben und sich auf Verhandlungen gar nicht einlassen, so daß der Streik verlustlos aufgegeben werden mußte. Der Verbandsvorstand wurde aufgefordert, sich mit der Zeitung der Großverkaufsgesellschaft deswegen in Verbindung zu setzen, und die Redaktion der „Buchbinderzeitung“ wurde ersucht, das Verhalten der Großverkaufsgesellschaft öffentlich zu brandmarken. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Der am 28. September in Aichersleben tagende Gautag des Gau 5 nimmt Kenntnis davon, daß die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine immer noch in den Aicherslebener Papierwarenfabriken direkt oder auf dem Umwege über ihre Lieferanten Pakungen und Ätzen herstellen läßt, obgleich ihr bekannt ist, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in diesen Papierwarenfabriken und der damit verbundenen Heimindustrie so gut wie alles zu wünschen übrig lassen, daß ferner diese Firmen sich gegenüber den Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen durchaus organisationsfeindlich ge-

bärden und fortgesetzt Maßregelungen organisierter Arbeiter und Arbeiterinnen vornehmen. Der Gautag protestiert entschieden dagegen, daß die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die ihr Fundament in der organisierten Arbeiterschaft findet, sich in dieser Weise über jede Pflicht der Solidarität hinwegsetzt und daß die in den Konsumvereinen organisierte Kaufkraft der Arbeiterschaft dazu dienen muß, solche organisationsfeindlichen Unternehmer in ihren Betrieben zu unterstützen.“

Zum zweiten Punkt „Agitation“ referierte Harder-Berlin. Redner ging zunächst auf die Entstehung des Verbandes ein und führte den Kollegen die Entwicklung und die Kämpfe desselben vor Augen. Er legte dar, wie nur durch eifrigste Agitationsarbeit der Verband zu dem werden konnte, was er heute ist. Redner weist darauf hin, daß es im Gau 5 noch recht viel zu tun gibt, da laut Statistik circa 2850 Berufsangehörige im Gau vorhanden sind, von denen aber nur circa 25 Brog. dem Verbandsangehören.

An der folgenden Aussprache beteiligten sich fast alle Delegierten. Uebereinstimmung herrschte darin, daß wesentliche Erfolge, wie die Verhältnisse im Gau liegen, zumal bei den vielen Seminararbeitern und Seminarbeiterinnen, nur durch fortgesetzte Hausagitation zu erzielen sind. Die Delegierten verpflichteten sich, jeder an seinem Orte mit aller Kraft für die Gewinnung neuer Mitglieder tätig zu sein.

Beim 3. Punkt „Verbandsstag“ wird der Beschluß des Verbandsstages, die den Zahlstellen verbleibenden Anteile vom Beitrag zu kürzen, allseitig auf das lebhafteste bebauert, da hierdurch die kleineren und mittleren Zahlstellen sehr geschädigt sind und die Kürzung der ihnen verbleibenden Mittel geeignet ist, die Entwicklung dieser Zahlstellen zu hindern.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung „Gaubeitrag“ liegt folgender Antrag der Zahlstelle Halberstadt vor:

„Neben dem jetzigen Gaubeitrag von 5 Pf. pro Woche für Einzelmitglieder ist ein solcher von 10 Pf. pro männliches Mitglied und Jahr von den Zahlstellen zu erheben. Dafür soll bei künftigen Gautagen die Delegationskosten der Zahlstellen die Gautafse tragen.“

Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag abgelehnt. Es bleibt bei dem bisherigen Modus, nach dem die Zahlstellen, die dazu in der Lage sind, die Delegationskosten selbst tragen und die der Einzelmitglieder von der Gautafse übernommen werden.

Zahlstelle Dessau stellt folgenden Antrag:

„Zur Bildung einer Krankenzusshilfe im Gau ist ein Gaubeitrag von 10 Pf. pro Quartal und Mitglied für die Zahlstellen einzuführen.“

Auch dieser Antrag wird nach kurzer Debatte abgelehnt.

Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag des Gauvorsitzes angenommen, welcher besagt, daß Gautage fernerhin mindestens alle 3 Jahre, aber ein Vierteljahr vor dem Verbandstage stattfinden sollen.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft. Im Schlußwort hat der Vorsitzende die Delegierten, das heute Gehörte zu beherzigen und in Zukunft auch weiter im Interesse des Verbandes zu arbeiten. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde die 8stündige Sitzung geschlossen.

Anmerkung der Redaktion: In dem gleichen Sinne wie hier ist auch in der Magdeburger „Wolfsstimme“ über das Verhalten der Großverkaufsgesellschaft berichtet worden. Die Magdeburger „Wolfsstimme“ lam den Leitern der Großverkaufsgesellschaft zu Gesicht, die an unseren Verbandsvorstand daraufhin berichteten, daß sie schon seit Jahresfrist keine Aufträge den Aicherslebener Papierwarenfabriken erteilen. Die letzte Lieferung auf Grund früherer Abchlüsse sei bereits Ende 1912 erfolgt. Seit dieser Zeit habe sie in Aichersleben Papierwaren weder bestellt noch solche erhalten.

Der Widerspruch zwischen dieser Erklärung der Großverkaufsgesellschaft und den Angaben auf unserem Gautag in Aichersleben rührt daher, daß die Großverkaufsgesellschaft Waren von privaten Fabriken bezieht, die in den bekannten Eigenpadungen der Großverkaufsgesellschaft geliefert werden. Diese Padungen werden von den Lieferanten der Großverkaufsgesellschaft bestellt, und zwar — nach den auf dem Gautag gemachten Angaben — zum Teil auch in Aichersleben. Die Großverkaufsgesellschaft hat auf die Herstellung dieser Arbeiten einen direkten Einfluß nicht. Nachdem ihr aber jetzt die Tatsache bekannt geworden ist, daß ein Teil ihrer Eigenpadungen in Aichersleben hergestellt werden, hat sie sich sofort bereit erklärt, bei den in Frage kommenden Lieferanten zu intervenieren, sobald ihr mitgeteilt werden kann, welche Lieferanten in Frage kommen. Es finden darum zurzeit weitere Verhandlungen statt, die jedenfalls zu einem uns zufriedenstellenden Ergebnis führen werden.

**Internationales.**

**Norwegen.** Im Anschluß an den Bericht in der vorigen Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ über den Erfolg der Kollegenschaft in Kristiania wird uns mitgeteilt, daß die Arbeitszeit jetzt 51 Stunden pro Woche beträgt. Seit der im Jahre 1898 erfolgten siebenwöchigen Aussperrung hatte im Buchbinderfach in Kristiania Ruhe geherrscht und Streiks hatten überhaupt noch niemals stattgefunden. Um so unverantwortlicher war es darum von der Arbeitgeberzentrale, die Kollegen aus nichtigen Gründen zum Streik zu zwingen. Die Öffentlichkeit stand auch auf Seiten der Streikenden, und kein bürgerliches Blatt wagte es, die Arbeitgeberzentrale zu verteidigen, wenn auch „Morgenbladet“ berichtete, daß die Arbeitgeberzentrale beschlossen hätte, sämtliche Kollegen wegen Kontraktbruch zu verklagen. Hinter diesem Bericht standen in Wirklichkeit die Meister, die die Gehilfen zum Schadenersatz verurteilt haben wollten, weil die Gehilfen nach der Ansicht der Meister schuld an dem Streik wären. Warum glaubten diese auch nicht an das Versprechen der Meister, sechs Tage Ferien zu geben? Die Kollegen wußten eben aus Erfahrung, daß nicht alle Meister das Versprechen halten würden, und daher mußten sie etwas Bindendes in den Händen haben.

Die Kollegen in Kristiania haben nach kurzem und mustergültigem Streik ihre Forderung durchgedrückt. Wir wünschen ihnen zu diesen und ferneren Erfolgen viel Glück.

**Brasilien.** In unserer Nummer 24 brachten wir einige Zuschriften zum Abdruck, die im „Journal für Buchbinderei“ enthalten waren und aus denen unsere Kollegenschaft ersehen konnte, daß bei Engagements nach Brasilien größte Vorsicht geboten ist, obwohl die Verhältnisse drüben in einer der Zuschriften im rosigen Lichte gezeigt wurden. Jetzt kommt derselbe Lockvogel im „Journal“ wieder mit einer Zuschrift, aus der hervorgeht, daß unsere Kollegenschaft, die auf Stellung in Brasilien reflektiert, unsere Warnungen beachtet hat. Der gleiche Roter Mund, der schon damals möglichst viele Buchbinder zu möglichst niedrigen Löhnen nach Brasilien locken wollte, äußert sich in seiner neuerlichen Zuschrift wie folgt:

Infolge meiner Notiz in Ihrer gesch. Zeitung (im „Journal“, D. R.), daß hier ständig ein Mangel an Buchbindern herrscht, haben sich bei mir eine größere Anzahl Bewerbungsschreiben eingefunden. . . .

Heute möchte ich auf diese Angelegenheit nochmals zurückkommen. Es war und ist auch heute noch nicht meine Absicht, Buchbinder nach hier auf meine Kosten kommen zu lassen. Das Risiko, daß ich bei einem solchen „Import“ eingehe, ist, wie mir meine Erfahrung lehrt, zu groß. Denn wer bürgt mir dafür, daß der betr. Buchbinder meine Erwartung erfüllt und wer garantiert mir, daß er seinen Kontrakt, der übrigens hier nicht die Bedeutung hat wie dort, hält? Nein, meine Erfahrung in dieser Hinsicht ist groß und deshalb stehe ich vollständig ab, hierin mir Unkosten zu machen. Diese Ansicht teilen andere Buchbindereicheits mit mir auch. Meine Absicht bei der Notiz in Ihrer gesch. Zeitung war, darauf aufmerksam zu machen, daß tüchtige Buchbinder jederzeit hier Arbeit finden und niemals wie dort über Arbeitslosigkeit zu klagen haben. Ich habe in meinen Betrieben verschiedene deutsche Fachleute tätig, die in bezug auf Arbeitsverhältnis bessere Erfahrung hier machen konnten als dort. Ich bin überzeugt, daß sie gern bereit wären, dies zu bezeugen.

Unter den Bewerbungsschreibern finden sich verschiedene Ansprüche, die für hiesige Verhältnisse absolut nicht in Einklang zu bringen sind. Mir scheint, daß die Schreiber eine Ansicht von unserem Lande haben, die an das Märchenhafte grenzt. Bei Bewerbung nach Brasilien muß stets bedacht werden, daß unser Land noch ja gegen europäische Verhältnisse sehr groß ist, und zwar kann man Frankreich fast 19mal in unsere Republik stecken. Nun ist es nicht unmöglich, daß der Verdienst in den Tropenstaaten, wie Minas, pro Tag 13 Mk. und mehr sein muß. Das sagt aber noch lange nicht, daß wir auch derartige Zustände haben. Das wäre fast so, als ob Sie Italien mit England verglichen. Wer die Größe Brasiliens nicht berücksichtigt, wird kaum ein Bewerbungsschreiben den Verhältnissen entsprechend abfassen können. Jedenfalls ist unser Staat derjenige, der am ehesten den dortigen Verhältnissen entsprechen kann. Natürlich sind die Löhne höher, aber das Leben ist billiger. — Ich wäre Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie diese Bemerkung demnächst veröffentlichen würden. Vielleicht entschließt sich gelegentlich einer meiner Herren, als Kollege den deutschen Kollegen von hier in Ihrer Zeitung zu berichten.

Aus der ersten bis zur letzten Zeile dieser Zuschrift ist der Aerger zu erkennen, den die Verteilung des sauberen Planes, möglichst viele Arbeitskräfte zu ungenügenden Löhnen und vor allem ohne sonstigen Schutz durch unanfechtbare Verträge usw. nach Brasilien zu locken, hervorgerichtet hat. Wer auf eine Stellung in Brasilien reflektiert, der lese in unserer Nummer 24 nach, unter welchen Bedingungen die Annahme einer solchen geraten ist.

**Schweiz.** Unsere schweizerischen Verbandskollegen haben soeben eine überaus wichtige Urabstimmung gehabt: die über die Einführung einer Invalidenunterstützung. Vor 2 Jahren hatte der Verbandstag dem Zentralvorstand den Auftrag gegeben, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten und dem Verbandstage 1913 vorzulegen. Dem ist der Vorstand nachgekommen und der Verbandstag hatte mit großer Mehrheit der Vorlage zugestimmt. Diese sah einen Wochenbeitrag von 20 Rappen (16 Pf.) vor und wollte bei einer Karenzzeit von 10 Jahren eine Unterstützung von 9 Fr. pro Woche gewähren. Der Verbandstag setzte jedoch die Unterstützung von 9 auf 8 Fr. herab, weil man früher in der Krankenunterstützung mit zu hohen Sätzen von Anfang an schlechte Erfahrungen gemacht hatte. Der Vorstand hatte seiner Berechnung einen Mitgliederbestand von 1000 zahlenden Mitgliedern zugrunde gelegt, welcher Umstand schon den Kollegen Kloth auf dem Verbandstage veranlaßte, warnend den Finger zu erheben, zumal der Verband zurzeit nur etwa 700 bis 800 in Frage kommende Mitglieder aufzuweisen hat, so daß die nötigen 7800 Fr. in den ersten und die 10 400 Fr. in den zweiten 5 Jahren nicht aufzubringen gewesen wären. Anstatt der erwarteten Einnahme von 108 000 Fr. hätte die Kasse beim Inkrafttreten nur knapp 78 000 Fr. Bestand gehabt und das hätte den Bestand der Kasse von vornherein gefährdet. Diesen Befürchtungen hat sich der Verbandstag angeschlossen und 8 Fr. pro Woche festgesetzt.

Nummehr ist der Beschluß des Verbandstages auch durch die statutarisch vorgeschriebene Urabstimmung bestätigt worden. Zwar haben sich von den zirka 1100 Mitgliedern nur etwas mehr als die Hälfte, 612, an der Abstimmung beteiligt, so daß von einer Begeisterung für diese neue Einrichtung nicht gerade gesprochen werden kann. Außerdem ist die Zahl der Nein bei 374 Ja sehr groß, nämlich 238, so daß die Mehrheit nur 136 beträgt. Immerhin ist das Resultat weit günstiger, als es die Leitung des Verbandes erwartet hatte, zumal weder ein einziger Anhänger noch ein Gegner der Invalidenunterstützung im Organ das Wort ergriffen hatte.

Das spricht deutlich dafür, daß es bis zur Popularisierung dieses neuen Unterstützungszweiges noch ein weiter Weg ist. Nicht verschwiegen soll werden, daß ein sehr großer Teil der Neinsager dies nicht aus prinzipiellen, sondern aus Opportunitätsgründen sind: sie halten den Zeitpunkt, die gegenwärtige Krise nicht für geeignet, mit einer Beitrags-erhöhung von über 20 Prozent an die Mitglieder heranzutreten, zumal erst 1912 der Beitrag, der sowieso schon einen Franken beträgt, um weitere 10 Rp. erhöht wurde. Aus all diesen Gründen freunt sich der Zentralvorstand unseres Bruderverbandes des Resultates und konstatiert an der Hand desselben, daß „Einsicht und Weitblick in unserem Verband immer noch die Oberhand haben“.

Eine weitere wichtige Frage, Anstellung eines Sekretärs, begegnet jedoch Schwierigkeiten. Trotzdem in fast sämtlichen schweizerischen Arbeiterblättern inseriert wurde, scheinen sich die gewünschten Kräfte nicht gemeldet zu haben. Im Organ erheben sich deshalb bereits Stimmen, der Vorstand möge unter keinen Umständen eine Verlegenheitswahl treffen, sondern lieber warten. Denn dadurch, daß man einen berufsremden Mann erst einarbeite, vergehe zu viel Zeit, und die sei nicht zu verlieren, da 1915 die Lohnbewegung über die ganze Schweiz perfekt werde. Bis dahin dürfte sich der Unkundige nicht einarbeiten, sondern ein Kundiger müsse bereits wesentliche Erfolge erzielt haben, wenn überhaupt die Kämpfe zu einem günstigen Resultat geführt werden sollten. Hoffen wir, daß unser Bruderverband auch über diese Schwierigkeiten glücklich hinwegkommt!

**Korrespondenzen.**

**Wesperst sind:**

- Deutschland:**
- Berlin (Gutsarbeiter).
- Breslau (Firma M. Krage u. Co.).
- Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).
- Frankfurt a. M. (Gutsarbeiter).
- Hannau (Gutsarbeiter).
- München (M. Halle, Kartonnagenfabrik).
- Großbritannien** (Abwehrstreiks zur Verhinderung der Ausdehnung der Frauen- und Mädchenarbeit).
- Serbien:**
- Belgrad.

- Ungarn:**
- Budapest (Tarifbewegung).
- Femesvar.
- Ungvar.

**Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:**

- Deutschland:**
- Vielefeld.
- Gelsenkirchen.
- Lahr.
- Limbach i. S.
- Rudolstadt.
- Saarbrücken.
- Strasbourg.
- Kroatien-Slawonien:**
- Agram (infolge Tarifbewegung).
- Oesterreich:**
- Innsbruck.
- Reichenberg i. Böhmen.
- Schweiz:**
- Ararau (und Umgebung).
- Chur-Davos (Buchbinder).
- Luzern (Buchbinder).
- Lanjanne (Buchbinder).

**Strasbourg.** Seit Anfang dieser Woche stehen hier 5 Kollegen und 10 Kolleginnen im Streik, hinzu kommen nach Ablauf der Streikung noch 13 Kollegen. Mit der Firma Stadmann wurde ein Tarif abgeschlossen, nachdem das Personal 2 Stunden im Streik gestanden hatte.

**Wien.** Am 4. Oktober fand eine gemeinsame Mitgliederversammlung unserer Zählstelle mit der des christlichen Verbandes statt, um Stellung zu einer Erklärung der Prinzipale über den eingereichten Tarifentwurf zu nehmen. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Dechant, der Vorsitzende unserer Zählstelle, wurde zum Leiter der Versammlung, Strattmann, der Vorsitzende der Christlichen, zum Berichterstatter bestimmt. An der Hand des Tarifentwurfs, der Löhne für Gehilfen von 23 bis 32 Mk., für Hilfsarbeiter von 12 bis 25 Mk., für Arbeiterinnen von 8,50 bis 15 Mk. bei 53ständiger wöchentlicher Arbeitszeit verlangt, gab Medner ein Bild der bisher stattgefundenen zwei Verhandlungen. Zuerst stellten sich die Unternehmer auf den Standpunkt, den alten Tarif auf 3 Jahre zu verlängern. Die Tarifkommission lehnte das entschieden ab. Ebenfalls wenig Erfolg hatte der Antrag, den Tarif auf ein Jahr zu verlängern. Dann erst bequamen sich die Unternehmer zu Verhandlungen über den eingereichten Entwurf. Medner stellte fest, daß die Prinzipale in den neunmündigen Verhandlungen alle noch so berechtigten Verbesserungen ablehnten; sie konnten sich nur zu einigen redaktionellen Veränderungen verstehen. Dem in dem Entwurf geforderten Schutz der Vertrauensmänner setzten sie keinen Widerstand entgegen, verlangten jedoch Kaufleute, daß zu solchen Ämtern nur ältere, gewissenhafte Arbeiter gewählt werden müßten. Eine andere Formulierung der Bestimmungen über das Schiedsgericht, die mehr unseren Wünschen entsprach, wurde zugesagt. Bei der Beratung der Abgrenzung der Gehilfenarbeit behauptete ein Düsseldorf-Prinzipal, er habe nacheinander 5 ältere Gehilfen gehabt, die nicht in Stande gewesen seien, einen Dedel auf der Pappschere gerade zuzuschneiden, deshalb sei er gezwungen, Mädchen an der Pappschere anzulernen. Von den Gehilfen wurde diese Äußerung als ein fauler Witz gewertet. Die Tarifkommission gab nach einer Sonderberatung die Erklärung ab, daß sie an dem Prinzip der Abgrenzung festhalten müsse, was von den Unternehmern zur Kenntnis genommen wurde. Besonders heftig sträubten sich die Unternehmer gegen die Aufnahme der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in den Tarif. Alle wichtigeren Punkte des Entwurfs, Löhne, Bezahlung der Weberhunden, Zulagen, Arbeitszeit usw. wurden wiederholt zurückgestellt. Am Schluß der Verhandlungen gaben die Prinzipale die Erklärung ab, sie seien gewillt, weiter zu verhandeln, wenn der alte Tarif unter Erhöhung der Gehilfenlöhne und Verkürzung der Arbeitszeit weiterlaufen soll. Bei der nächsten Verhandlung soll der Standpunkt der Mitgliederberatungen beider Verbände mitgeteilt werden.

Dieser Bericht wurde häufig von Seiten des Unwillens über das magere Ergebnis unterbrochen. Dreger ergänzte ihn, insbesondere verurteilte er das Verhalten der Kleinmeister, die sich der Aufnahme der Hilfsarbeiterchaft in den Tarif so scharf ab-



lehnd gegenüber verhalten, wo sie doch solche Arbeiter fast gar nicht beschäftigen. Die Diskussion, an der sich Dechant, Eich, Hornbach, Meier, Kölln, Gendrich und Warhoff beteiligten, war sehr lebhaft. Alle Redner betonten, daß der eingereichte Entwurf das mindeste darstelle, was gefordert werden müsse und müsse unbedingt daran festgehalten werden. Die Mitglieder in den Buchbindereien erfuhren eine lebhaft Kritik. Die Hälfte aller Arbeiter habe ein Selbstvertrauen nötig. Die Tarifkommission wurde beauftragt, an der Grundlage des eingereichten Tarifs festzuhalten und weiter zu verhandeln. Mit einem dreifachen Hoch auf die Lohnbewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen. Die Versammlung hat den Beweis geliefert, daß die Buchbinderarbeiterschaft Klubs gewillt ist, mit allen Mitteln die Durchführung ihrer Forderungen zu erreichen. Unseren Mitgliedern erwächst nun die Pflicht, unermüdet alle noch Fernstehenden dem Bunde zuzuführen.

**Dresden.** Die Lohnbewegung in der Schneiderschneid-Plakatbranche von Dresden u. Umgegend rückt beendigt. Lassen die Erzeugnisse auch noch zu wünschen übrig, so ist im großen und ganzen doch etwas geschaffen, was als ein erfreulicher Fortschritt — ohne große Opfer zu erfordern — angesehen werden muß. Der Erfolg der Bewegung vor 3 Jahren wurde durch die Aneignung der Unternehmer untereinander recht ungünstig beeinflusst. War auch diesmal die Einmütigkeit noch nicht wieder hergestellt, so ist doch wenigstens dadurch, daß der Industrie-Schutzverband die Gesamtvertretung übernommen hatte, ein gemeinschaftliches Verhandeln ermöglicht worden.

Durch die erfreuliche Geschlossenheit der Kollegenchaft wurde die Unternehmervorderung, den Ablauftermin des Tarifes auf den Jahresabschluss zu verlegen, abgewehrt. **Harnnädig** aber blieben die Unternehmer bei ihrem Entschluß, die sogenannten Angelernten nicht in den Tarif aufzunehmen. Alle Anstrengungen der Tarifkommission konnten diesen Entschluß nicht beseitigen. Wenn auch die Abwehr dieser Unternehmervorderung durch Eintritt in einen Streik sehr wahrscheinlich gewesen wäre, so war doch das Verhalten, insbesondere des größten Teiles der Kolleginnen, welche noch recht unabhängig in der Branche arbeiten, wenig ermutigend für ein Vorgehen. Einige von den letzteren haben wegen Kleinlichkeiten — wegen Vorenthaltung zu Unrecht verlangter Unterstützung, wegen Mißgunst und Zwietschacht untereinander — nicht nur dem Verband den Rücken gekehrt, sondern in ihrem Überstand noch gegen die Organisation gewöhlt. Die Kommission mußte deshalb den Plan, wegen Nichtaufnahme dieser Arbeiterkategorie in den Tarif alle anderen zu einem allgemeinen Streik aufzufordern, wieder aufgeben. Das einzige, was erreicht werden konnte, war eine „protokollarische Erklärung“, nach der auch diesen Personen die verkürzte Arbeitszeit zugute kommen solle und daß Zulagen in Aussicht gestellt wurden.

Es ist im allgemeinen keine leichte Arbeit gewesen, den Unternehmern die Zugeständnisse abzurufen und wenn die Herren sich nicht noch in letzter Stunde zu verschiedenen Zugeständnissen hätten bewegen lassen, so wäre infolge des Verlangens, den Tarif auf längere Dauer als drei Jahre abzuschließen sowie wegen der ungenügenden Aufbesserung auf den Affordatir, dem die verbesserungswürdigen Entlohnungsnormen der Firma Feuerstein als Berechnungsgrundlage dienen, die Branche nicht von einem Streik verschont geblieben. Obgleich einige Unternehmer von ihren Abnehmern Aufschub der Lieferungsfristen erhalten hatten, hätte in diesem Falle dank der strammen Organisation der männlichen Berufsangehörigen von einem baldigen Nachgeben untererwärts keine Rede sein können und die Firmen hätten in Zukunft schlechtere Werte als jetzt verbuchen müssen. Nachdem aber die Arbeiterschaft zunächst wieder einen einheitlichen Lohn- und Affordatir errungen und außerdem noch beachtenswerte Verbesserungen für jetzt als auch in 3 Jahren ohne Streik erzielt, hat ihre Vertretung dem neuen Abschluß zugestimmt.

Selbstverständlich tauchte bei den Verhandlungen auch wiederholt die Frage über die auswärtige Konkurrenz auf. An die Arbeiterschaft wurde das Verlangen gestellt, diesen Arbeitskräften zu helfen, indem durch die Organisation auch an solchen Orten für nicht zu geringe Entlohnung und zu ausgedehnte Arbeitszeit gesorgt würde, in denen diese Verhältnisse gegeben. Unsere Vertreter sagten, gleichzeitig auf die Mißhilfe der Fabrikanten rechnend, zu, ferner auch nach dieser Richtung hin tätig zu sein. Die Dresdener Tarifkommission der Schneiderschneid-Plakatbranche ersucht deshalb heute schon die Kollegenchaft solcher Orte, an denen gleichartige Arbeiten hergestellt werden, an die Dresdener Vertretung baldigst Mitteilung über die Art der Produkte, Männer- oder Frauenarbeit, Maschinensysteme, Ent-

lohnung usw. zum Zwecke der Vergleichung und weiterer Verhandlung zu machen.

Anerkannt muß noch werden, daß die Verhandlungen mit mehr parlamentarischem Takt, mit mehr Sachlichkeit und weniger Geizigkeit als bei den früheren Tarifbewegungen geführt wurden.

Wägen beide Teile daraus ihre Lehren ziehen, um eventuell sich zeigende Unstimmigkeiten zu regeln. Ein jeder muß aber auch darüber wachen, daß die neuen Abmachungen strikte innegehalten werden, falschen Auslegungen muß beizutreten entgegengetreten werden. Zeigt sich, wie leider schon geschehen, das Bestreben, das Festgelegte zu umgehen, dann muß der betreffende Arbeiterschuß als nächste Schlichtungsstelle ungesäumt eingreifen. Gedruckte Tarife, auch für die auswärtige interessierte Kollegenchaft sind jederzeit unentgeltlich zu haben.

**Hann L. Neuruppin.** Am 27. September fanden sich alle am Ort organisierten Kollegen zusammen. Lemmer-Berlin erläuterte die nach den Beschlüssen des Verbandstages eintretenden Veränderungen des Status und führte durch einige Beispiele den Wert der Organisation der Erzhilfenen drastisch vor Augen. Die örtlichen Verhältnisse, welche noch viel zu wünschen übrig lassen, wurden einer eingehenden Kritik unterzogen und die Anwesenden aufgefordert, eifrig für Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, damit mit Hilfe dieser die Arbeitsverhältnisse unserer Berufsangehörigen günstiger werden. Zum Vertrauensmann wurde **Wöller** und als Hausaffaffierer **Garnay** gewählt.

**Annaberg-Buchholz.** Am 27. September sprach hier in einer öffentlichen Versammlung Kollege Lange-Dresden über: „Lebensstimmungen und Hoffnungen“ sowie über: „Die Mächtigkeit der Zentralkommission der Kartonnagenbranche“. Kollege Lange verstand es in ausgezeichnete Weise, die Zuhörer zu fesseln; diese folgten mit großem Interesse seinen Ausführungen. Reicher Beifall belohnte seine trefflichen Darbietungen. Eine Debatte wurde nicht beliebt. Nachdem der Vorsitzende die anwesenden Kollegen und Kolleginnen ermahnt hatte, dafür zu sorgen, daß derartige Veranstaltungen der Zahlstelle besser besucht würden, schloß er die anregend verlaufene Versammlung. Es sei an dieser Stelle auch einmal darauf verwiesen, daß in bezug auf den Versammlungsbesuch einmal Remedur geschaffen werden muß. Es ist geradezu ein Skandal, daß Monatsversammlungen nicht abgehalten werden können, weil ganze 6 Mann anwesend sind. Die hiesige Kollegenchaft hat alle Ursache, sich etwas mehr um die Angelegenheiten der Zahlstelle zu kümmern; dazu gehört in erster Linie, unsere Versammlungen nicht zu schwächen. Hoffentlich trägt dieser Hinweis mit dazu bei, daß der angeführte Mangel beseitigt wird.

**Berlin.** Am 29. September fand eine Arbeitslosenversammlung statt. Würzberger wies in seinen einleitenden Worten auf die große Arbeitslosigkeit hin, welche in unserem Berufe herrsche, trotz der sogenannten Hochkonjunktur. Er ersuchte die Kollegen, etwaige Wünsche vorzubringen.

Müger führt die niedrige Frequenz des paritätischen Arbeitsnachweises zum Teil auch auf die geringe Unterernährung der in Arbeit stehenden Kollegen zurück. Es sind zahlreiche Fälle vorgekommen, daß Kollegen durch Umgehung des Arbeitsnachweises in Arbeit getreten sind. Etwaige Mügen oder die Aufforderung, die Plätze wieder zu verlassen, beachteten die Kollegen nicht, sie fanden hierbei noch die vollste Unterstützung ihrer Kollegen. Die Arbeitslosen müßten hier einmal energisch darauf bestehen, daß die Arbeitsaufnahme nur durch den Nachweis geschehe.

In der Diskussion wurden die Ausführungen Mügers ergänzt. Man verspricht sich nur eine anhaltende Besserung, wenn die Benutzung auch für die Arbeitgeber obligatorisch sei. Die Werkstudenvertrauensleute ließen es auch sehr häufig an genügender Kontrolle bei Neueinstellungen fehlen. Das Anschauen müße immer mehr eingeschränkt werden. Wie und in welcher Weise die ausgesetzten Kollegen und Kolleginnen von der Ortsverwaltung noch mit weiteren Unterstützungen bedacht werden können, möge die Ortsverwaltung ernstlich prüfen, denn die Not bei den einzelnen sei sehr groß. In seinem Schlusswort stellte Müger verschiedene Beschwerden richtig. Er wies ferner darauf hin, daß man schon jetzt für das Obligatorium eintreten müsse, wenn man die große Zahl der Arbeitslosen sich tagtäglich noch vermehren sehe. Zurzeit sind 304 weibliche und 274 männliche Personen im Nachweis eingeschrieben. Nachdem Müger noch auf die Ausgabe einer neuen Kontrollkarte aufmerksam gemacht hatte, teilte Mar mit, daß vom 1. Oktober die Auszahlung der Unterstützungen im Bureau der Zahlstelle, Engelstr. 14, von 9—1 Uhr an jedem Wochentage stattfinden.

**Hannover.** In unserer am 3. Oktober stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung hielt Kollege Kempt-Berlin einen Vortrag über:

„Die Unfallgefahren in der Papierindustrie“. In der Einleitung seines Vortrages bezeichnete Redner die Meinung, daß das Unfallversicherungsgezet in der Kaiserlichen Vorsticht vom Jahr 1881 seinen Heiligung habe, als irrig. Bereits ein halbes Menschenalter vorher seien von Arbeiterseite diesbezügliche Forderungen an die Regierung erhoben worden. In vortrefflichen Ausführungen schilderte Redner, wie in früheren Jahren, vor dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsgezetes, die Unfälle fast stets unentschädigt blieben, da es den Arbeitern, welchen noch keine Organisation zur Seite stand, meist nicht in der Lage waren bzw. nicht die Mittel besaßen, ihre Ansprüche bei den Gerichten einzufügen. In den wenigen Fällen, in denen eine Klage verhandelt wurde, fand dem verlassenen Unternehmer dann ein tüchtiger Rechtsanwalt zur Seite, welcher es meistens verstand, dem Arbeiter die Schuld an dem Unfälle zuzuschreiben. Der Erfolg sei in den meisten Fällen negativ gewesen. Mit Inkrafttreten des Unfallversicherungsgezetes sei es nun für die Arbeiter etwas günstiger geworden, da von allen Berufsangehörigen an den Maschinen Schutzvorrichtungen vorgeschrieben seien. Leider sei es in unserem Berufe, besonders aber in der Luxuspapierindustrie, mit den Unfallverhütungsvorschriften noch schlecht bestellt. Durch die großartige Entwicklung der Maschinentechnik und die grenzenlose Ausbeutung der Arbeitskraft, besonders der weiblichen Jugend, seien die Unfälle bedeutend vermehrt worden. In der zurzeit am Orte stattfindenden Ausstellung über die Unfallgefahren in der Papierindustrie könne jedermann ein Bild über die Art und Tragweite der Unfälle gewinnen. Zum Schluffe bemerkt Redner, daß in unserem Berufe nur ein geringer Teil der Berufsangehörigen der Unfallversicherung angeschlossen sei, der größte Teil sei noch davon ausgeschlossen. In die Versammlung richtete er den Appell, das Material über alle Betriebsunfälle zu sammeln. Dadurch werde es uns möglich sein, auf gezieltem Wege Unfallverhütungsvorschriften zu erlangen, welche die Betriebsunfälle auf ein geringes Maß beschränken.

Der Vortrag wurde von der Versammlung beifällig aufgenommen. In der Diskussion forderte Koriander auf, die Ausstellung zu besuchen. Einige Anfragen aus der Versammlung wurden vom Referenten zufriedenstellend beantwortet.

Unter „Verschiedenes“ weist Goppert darauf hin, daß auch in diesem Jahre ein Vergoldkursus stattfindet, und bittet um rege Beteiligung. Ferner ersucht er, in Zukunft für den Versammlungsbesuch mehr Propaganda zu machen. Hierbei wurde das Gedächtnis einiger Kollegen der Firma Ober u. Strichschwarz gepeilt, welche an diesem Tage — einem Lohnzahlungstage — nicht unterlassen konnten, Überstunden zu machen. Noch niemals sei es vorgekommen, daß an einem Lohnzahlungstage Überstunden gemacht seien. Auf die Vorwürfe der übrigen Kollegen hätten sie geantwortet, daß im Tarife sich keine Bestimmung befinde, welche das Heberarbeiten am Lohnzahlungstage verbiete. Einstimmig wurde das Verhalten dieser Kollegen von der Versammlung verurteilt.

**Rundschau.**

**K. Die Tagung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.** Nach einer Pause von drei Jahren kamen am 18. September die Vertreter des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu ihrer ordentlichen Verbandsversammlung in Leipzig zusammen.

Der Kongress hatte eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen, von der in dieser Zusammenfassung nur die wichtigsten Punkte berührt werden können. Den Höhepunkt der Tagung bildete der Punkt: „Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland“. Hierüber referierte Dr. Singheimer (Frankfurt a. M.). Er plädierte für ein einheitliches Arbeitsrecht, aber nicht im engeren Sinne des Wortes. Er will wohl Zentralisation der Rechtspflege, aber daneben wachsende Differenzierung der Gesetzgebung, besondere Gesetze für einzelne Berufsgruppen.

Die Ansprüche über diesen Punkt war sehr ausgebreitet. Sie wurde von den Vertretern der Arbeitgeber, Generalsekretär Dr. Wielenz-Berlin, eröffnet, der die Vereinheitlichung des Arbeitsrechtes ablehnte, denn es sei dafür kein zwingendes Bedürfnis vorhanden. Gerade die für das Dienstverhältnis grundlegenden Bestimmungen müßten für Angestellte anders lauten als für Arbeiter. Wenn jeder Sonderverteil, den eine Gruppe erreicht habe, auf alle Arbeiter und Angestellten übertragen werden soll, dann brauche man sich nicht wundern, wenn die Arbeitgeber dagegen energig Front machten. Die Arbeitgeber würden auch die Zeit noch nicht für gekommen halten, die eine gesch-

liche Regelung des Tarifvertrages bringe. Die Arbeitgeber müßten von neuen Lasten auf sozialpolitischem Gebiete verschont werden, denn sie seien am Rande der Tragfähigkeit angelangt.

Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt-Berlin vertrat den Standpunkt der Arbeitnehmer. Er verwies darauf, daß in Frankreich bereits die betreffenden Gesetze zu einem einheitlichen Ganzen zusammengefaßt sind. Die Sonderrechte für einzelne Gruppen dürften nicht bestehen bleiben, denn sonst würde an dem gegenwärtigen Zustand nicht viel geändert. Die besonderen Berufsgruppen müßten in dem allgemeinen Arbeitsrecht berücksichtigt werden. Schmidt begründete die Notwendigkeit der Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts damit, daß die Rechtsverhältnisse der Arbeiter in den verschiedenen Gesetzen geregelt sind. Der Hinweis auf neue Lasten für die Unternehmer sei unberechtigt. Die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts werde sicher nicht mit einer weiteren Ausgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen verknüpft. Die Gewerbegebiete müßten weiteren Kreisen zugänglich gemacht, ihre Zuständigkeit auch auf Dienstboten und Landarbeiter ausgedehnt werden. In der Verherrlichung des Tarifvertrages kann Schmidt nicht jenseit hinneigen wie Sinzheimer. Er möchte nicht haben, daß man den Tarifvertrag mit mehr belastet wie schon heute. In der weiteren Diskussion erklärten sich von den Arbeitnehmern nur die Vertreter der deutsch-nationalen Handlungsgesellschaften und der Kaufmännischen Vereinigung von 1888 gegen ein einheitliches Arbeitsrecht. Sie wollen eine Sonderstellung und Sonderrechte haben. Durch das einheitliche Arbeitsrecht würde die Existenzgrundlage ihres Standes untergraben, die Privatangelegenheiten würden dann im Arbeiterstand untergehen. Genosse Wissell von der Generalkommission wies diese Einwände unter Verfall vortrefflich zurück. Die Vertreter des Vereins deutscher Kaufleute, des Bundes technisch-industrieller Beamten und des Verbandes der Gewerbevereine sprachen sich für ein einheitliches Arbeitsrecht aus. Mag dieses auch noch in weiter Ferne liegen, es ist zweifellos im Interesse der Arbeiterschaft und wird ein wichtiges Gebiet der sozialen Gesetzgebung werden.

Ein ebenfalls sehr wichtiger Punkt war die Verhandlung der Frage, ob Rechtsanwälte zur Vertretung vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten zugelassen werden sollen. Nach dem geltenden Recht werden Rechtsanwälte und Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände nicht zugelassen. Die Rechtsanwälte drängen schon lange darauf, die Zulassung zu erreichen. Die Frage ist auch schon wiederholt auf den Gewerbegerichtstagen behandelt worden. Der erste Referent zu diesem Punkt, Rechtsanwalt Dr. Wagner-Nürnberg, meinte, bei dem bestehenden Zustand erscheine für auswärtige Parteien, welche trotz aller Bemühungen eines Vertreters nicht beschaffen können, eine Schutzlosigkeit, die einer Rechtsverweigerung gleichkomme. Er verlangte allerdings nur die Zulassung zu den Kaufmannsgerichten, da dort schon heute die Parteien von Rechtsanwältens Schriftsätzen anfertigen lassen. Bei der Zulassung von Arbeiterssekretären und Verbandsbeamten sollte man nicht ehergigzig sein.

Der Korreferent, Rechtsanwalt Busch-Gladbeck i. W. ging weiter wie Dr. Wagner. Er will keinen Unterschied zwischen Kaufmanns- und Gewerbegerichten machen und verlangt die Zulassung der Rechtsanwälte für beide Gerichte. Zu den Personen, die das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, gehörten auch Gewerkschafts- und Arbeiterssekretäre, sowie auf der anderen Seite die Handwerkersekretäre und die Angestellten der Arbeitgeberorganisationen. Der Redner macht den Vorschlag, daß die Parteien sich vertreten lassen können im Falle der erheblichen Entfernung ihres Aufenthaltsortes von dem Gericht und in Fällen, in denen der dem Rechtsstreit zugrunde liegende Sachverhalt nicht eigene Wahrnehmung der Parteien gewesen ist.

Die Diskussion war sehr lebhaft, ihr Ergebnis war eine fast einstimmige Ablehnung der Zulassung der Rechtsanwälte. Arbeitnehmer und Arbeitgeber wandten sich sehr entschieden gegen die Zulassung der Rechtsanwälte und ebenso entschieden für die Zulassung von Vertretern der Arbeiter (Arbeiterssekretäre) und der Arbeitgeber. Es wurde vorgebracht, daß durch die Zulassung der Rechtsanwälte das Wesen der Gerichte als Laiengerichte geschwächt würde. Anerkannt wurde, daß man mit der Zulassung von Verbandssekretären nur gute Erfahrungen gemacht habe, durch sie würde die Rechtsprechung erleichtert. Auch Vorsitzende von Gewerbegerichten sprachen sich gegen die Zulassung von Rechtsanwälten aus. Unter lebhafter Zustimmung konnte ein Redner feststellen, daß die erdrückende Mehrheit der Versammlung auf dem Standpunkt

stehe, daß an dem gegenwärtigen Zustand nichts geändert werden dürfe.

Zu dem Punkt: „Aufrechnung, Zurückbehaltung und Beschlagnahme des Arbeitslohnes“ hielt Dr. Falk-Frankfurt das einleitende Referat. Er gab ein Bild des bestehenden Rechts. Für dieses kommen die Bestimmungen der Gewerbeordnung über Verzählung der Löhne, das Aufrechnungserbot des § 394 B.G.B. und des Lohnbeschlagnahmengesetzes in Betracht. Nach dem letzteren ist die Pfändung des Ueberschusses über den Jahresbetrag von 1500 Mk. zulässig. Der Referent betonte, die Bestimmungen in den drei verschiedenen Gesetzen hätten keineswegs die gleiche Anwendung gefunden, obwohl sie die gleiche Tendenz, Schutz der Lohnforderungen, hätten. Ein Teil der Gewerbegerichte hält die Zurückbehaltung von Lohn für zulässig, der andere nicht. Auch in der Frage der Aufrechnung seien die Entscheidungen verschieden.

Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Frage der Zurückbehaltung und Aufrechnung des Lohnes. Während die Arbeitgeber die Zurückbehaltung verlangten, wandten sich die Arbeitnehmer dagegen. Das Verbot der Zurückbehaltung sei eine wirtschaftliche Berechtigung. Verlangt wurde auch, daß die pfandfreie Summe des Arbeitslohnes erhöht wird. Der Satz von 1500 Mk. sei heute nicht mehr ausreichend. Vorge schlagen wurden 2000 bis 2500 Mark, auch müßte die örtliche Teuerung berücksichtigt werden. Allgemein war man sich darin einig, daß das Lohnbeschlagnahmengesetz einer Änderung bedarf. So brachte der Gewerbegerichtstag interessante Auseinandersetzungen, die auch für die Arbeiterschaft großes Interesse haben.

So brachte der Gewerbegerichtstag interessante Auseinandersetzungen, die auch für die Arbeiterschaft großes Interesse haben.

— Organisierter Konsum und privatkapitalistische Planlosigkeit. Nichts ist geeigneter, die Gegenjählichkeit zwischen organisiertem Konsum und privatkapitalistischer Planlosigkeit zu zeigen, wie die Vernichtung von Werten, die der Allgemeinheit von Nutzen gewesen wären, dem Profit aber eine Gefahr zu werden drohten. Es ist ja schon oft darauf hingewiesen worden, daß man in Brasilien die Kaffeecerte zum Teil vernichtet, um bei so verringertem Angebot die Preise möglichst hoch schrauben zu können. Etwas Ähnliches scheint man mit der reichen Zwetschenerte dieses Jahr zu beabsichtigen. In einem Artikel der Zeitschrift „Der Lehreiter im Garten und Kleintierhof“, der sich mit Vorschlägen über den Abfall der Zwetschenerte befaßt, kommt wieder so recht deutlich der Unterschied zwischen der Arbeit für den organisierten Bedarf und der Wirtschaft für den unbestimmten Markt zum Ausdruck. Wir lesen in dem Artikel:

Es hat ein lebhafter Meinungsaustrausch darüber stattgefunden, ob man in Anbetracht der zu erwartenden, teilweise sehr reichen deutschen Zwetschenerte Preiszwischen für einen billigeren Preis als 2,50 Mk. verkaufen soll. Es wurde indessen allseitig, besonders für Süddeutschland, Altenburg, Thüringen, festgestellt, daß dortige Zwetschenzüchter ihre Zwetschen nur ernten, wenn der Preis nicht unter 2,50 Mk. für 50 Kilogramm sinkt. Bei einem billigeren Preise sagen die Leute: „Dann mögen sie lieber verkaufen.“

Also wenn die Ernte gut geraten ist, dann wird nicht ein Festenfest gefeiert, wie es zu Großvaters altmodischen Zeiten geschah, sondern man läßt die Sachen lieber verkaufen, statt sie billig an die bedürftigen Leute abzugeben! Kein Mensch wird annehmen, daß eine solche Verschwendung von Naturgütern im Interesse der Gesellschaft liege, sintermalen es doch Leute übergenig gibt, die kaum je Zwetschen zu essen bekommen, obwohl sie die Frucht auch sehr gern genießen möchten. Soweit für den organisierten Bedarf gearbeitet wird, werden derartige empörende Vorgänge, wie sie aus den Zwetschengehenden gemeldet werden, nicht vorkommen, den bei den natürlichen Beziehungen dieser Wirtschaftsform würde sofort von allen dabei in Frage kommenden Personen begriffen werden, daß sie sich selbst schaden, wenn sie nützliche Sachen absichtlich unkommen lassen. Bei der unumfänglichen, verwickelten und verschleierten Wirtschaft für einen ungewissen Markt, der bei der Herstellung der Waren erst in der Phantasia beirht, sind solche der Selbstverurteilung gleich zu achtende Handlungen nichts Seltenes. Es fehlt die harmonische Verbindung der einzelnen Gesellschaftsmitglieder. An derartigen Beispielen absichtlicher Warenvernichtung, die geübt wird, um die Preise hochzuhalten, kann aber jedermann recht klar die großen Vorzüge der Konsumgenossenschaften und der auf ihnen aufgebauten Arbeitsgemeinschaften gegenüber der wilden, planlosen Wirtschaft für den Markt erkennen. Bei der Konsumgenossenschaft wirken alle Glieder naturgemäß darauf hin, daß kein Stäubchen an Gut verloren geht; denn jeder sieht klar, daß es auch sein Schade wäre, wenn es anders wäre. Deshalb bekommen die

modernen Konsumgenossenschaften, deren Glieder dies begriffen, rote Baden und gebeihen gut. Bei der Warenwirtschaft bewirkt der Profit, der die Sache „in Eel“ hält, wie der Maschinenbauer jagen würde, daß sich der einzelne Sonderpartei zu ergattern sucht, wobei ihm unbedenklich ist, ob es auf Kosten der Allgemeinheit geschieht. In dieser verkehrten Welt freut sich der einzelne, daß großen Volksmassen ein Gut unerreichbar bleibt, wenn nur er dabei seinen Reiback macht. So geht es mit den Zweifeln wie mit anderen Waren. Und da sollte noch einer im Zweifel sein, ob er die Konsumgenossenschaften mit allen Kräften unterstützen muß?

**Achtung!**

Der Buchbinder Johann Stocker, geboren am 9. August 1884 in Gänzburg an der Donau (Bayern), der bis vor wenigen Tagen Kassierer der Zahlstelle Konstanz in Baden war, ist von dort unbekanntem Aufenthalts verschwunden. Sollte der Aufenthalt des Stocker irgendwie bekannt werden, bitten wir, uns entsprechende Mitteilung zu machen. Ausgeschlossen ist es nicht, daß Stocker sich nach dem Auslande (Schweiz oder Frankreich) gewandt hat.

Berlin, Urbanstraße 63.

Der Verbandsvorstand.

**Berlin! Buchbinderbranche!**

Die Tarifkommission der Buchbinder hat zu ihrem Vorsitzenden den Kollegen Paul Rüger gewählt. Alle die Kommission betreffenden Schriftstücke usw. sind an diesen zu senden. Die Sitzungen der Tarifkommission finden noch wie vor jeden Dienstag, abends 7/7 Uhr, im Lokal Baum, Staffschreiberstr. 47, statt (Telephon: Moritzplatz 11 195).

**Die Tarifkommission der Buchbinder.**

P. A.: Paul Rüger, SO. 16, Engelsufer 14, Zimmer 40, Amt Moritzpl. 6072. Wohnung: SO., Mariannenplatz 9 III. Telephon: von 9-1 vormittags Amt Norden 3791, Abteilung für Buchbinder.

**Abrechnungen**

vom 3. Quartal gingen bis zum 7. Oktober bei der Verbandskasse ein: Von Potsdam-Konowas mit 100 Mk., Danzig — Mk., Tiffit 200 Mk., Rudolstadt 48,56 Mk., Schleiz 200,22 Mk., Weimar 10,34 Mk., Neumiech 53,97 Mk., Falkenstein 50 Mk., Göpnig 319 Mk., Kaiserlautern 50 Mk., Saarbrücken 10,41 Mk., Trier 83,47 Mk., Konstanz — Mk., Erlangen 300 Mk., Schweinfurt 70 Mk. und von Würzburg mit 200 Mk. E. Hauelsen.

**Abrechnung**

von Streif der Kartonnagen-Arbeiterinnen in den „Vereinigten Blausfabriken“ in Nürnberg.

Einnahmen:

Von den laufenden Mitgliederbeiträgen	624,80 Mk.
verwendet	89,25 "
Aus der Vorkasse	89,25 "
Sa. 714,05 Mk.	
Ausgaben:	
Sampfkasse	89,25 Mk.
Kassakasse	89,25 Mk.
An 8 Arbeiterinnen	611,10 Mk.
Für 1 Kind	13,70 "
Sa. 624,80 Mk.	

Nürnberg, den 3. Oktober 1912.  
Fr. Weinländer. A. Josef. Joh. Netter.

**Adressenänderungen.**

Verteilte Bevollmächtigte.  
Duisburg-Anhert. P. Burch, Duisburg, Meiner Ralshof 22.  
Gummersbach-Nünderoth. A. Coors, Nöbersirake 4. part.

Unterstützungs-Auszahler.  
Gummersbach-Nünderoth. Unterstützung wird nicht ausgezahlt. L.-H.

**Briefkasten.**

P. A. in A. Abonnement ist bis 15. Februar 1914 bezahlt. — H. A. in S. Aber sicher; doch muß ich leider verzichten! Aber bitte, grüßen Sie! — E. H. in G. Vielen Dank; war bereits im Besitz dieses Festens.



ANZEIGEN

Unserer werten Kollegin Frieda Sommerwerk zur Vermählung mit Herrn Wähler die herzlichsten Glückwünsche.  
Zahlstelle Zeitz.

Unsern lieben Kollegen Karl Quitschau nebst Fräulein Emma Trott zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Kollegen der Zahlstelle Zeitz.

Zur Vermählung unseres lieben Kollegen Willi Herrmann mit Fräulein Helene Witte die herzlichsten Glückwünsche.

Unserm Verbandskollegen Eugen Abromeit zur Vermählung mit Fräulein Luise Krüger die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Verbandskollegen der Reichsdruckerei.

Seit über 80 Jahren bestehende Buch- und Papierwarenhandlung, in industriereicher Stadt an lächtigen Buchbinder zu verpachten oder zu verkaufen. Näheres durch den Kreisanzeiger in Fürstenberg (Oder).

Zahlstelle Berlin.

Sonntag, den 19. Oktober, im großen Saale der „Neuen Welt“, Hafensheide 108-114, zur Feier des

:: 30. Stiftungsfestes ::

großes Konzert, Gesang, Rezitation.

Mitwirkende: Berliner Tonkünstler-Orchester (Dirigent: Musikdirektor Fris Blume), Opern- und Konzertsängerin Margarete Blume (von der Kurfürsteneroper), Herr Fris Richard, Rezitator (vom Deutschen Theater).

Nach dem Konzert: Großer Ball bei gutbesetztem Orchester.

Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Billetts im Vorverkauf 30 Pf., an der Kasse 40 Pf.

Programm am Eingang gratis.

Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt. Während der Aufführungen bleiben die Saaltüren geschlossen. Rauchen nicht gestattet.

Billetts sind in unserem Bureau, Engelufer 15 II, sowie in allen Zahlstellen und bei den Werkstattvertrauenspersonen zu haben.

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.

Album-, Mappen- und Galanteriebranche.

Dienstag, den 14. Oktober, abends 7/8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ausschuhwahlen zu den Krankenkassen und ihre Bedeutung für die Versicherten. Referent: Kollege Gerber.
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet

Die Branchenleitung.

Tücht. Etwid., Hand- u. Pressergoldder nach Großstadt Süddeutschl. auf dauernde lohnende Stellung gesucht. Offerten unter F. H. C. 9373 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Meine seit 8 Jahren besteh. gut rentable Buch-, Papier- u. Galanteriewarenhandlung, verbund. m. Einrahmungs-Geschäft, soll wegen anderweit. Betätig. per 1. Januar oder 1. April 1914 veräußert werden. Kauf. bill. Günst. Gelegenheit für Anfänger. W. Ellerbrock, Brautwebe b. Bielefeld i. W., Bielefeldstr. 21.

**Bekannt** ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel F. Klement, Leipzig, in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt  
O. Th. Winckler, Leipzig

Geschichte des Deutschen Buchbinder-Verbandes und seiner Vorläufer.

Preis für Mitglieder:

für Nichtmitglieder:

1. Band 2,30 M.
2. Band 2,50 M.

1. Band 3,30 M.
2. Band 4,50 M.

Der Versand erfolgt nur nach Voreinsendung des Betrages. Geldsendungen sind nur an E. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I. zu richten.

Patent - Demo - Leimbehälter

hält den Leim lange Zeit hindurch gebrauchsfertig. Tausende Apparate in Buchbindereien etc. im Gebrauch!

Jede Feuersgefahr, Anbrennen des Leims etc. wird bei Benutzung der Demo-Leimbehälter vermieden.



Viele glänzende Gutachten von Fachleuten liegen vor. Aeußerst widerstandsfähig und haltbar.

Neue Ausführung. Innenteile aus verzinnemtem Messing, das eigentliche Leimgefäß aus Kupfer!

Thermos-Aktiengesellschaft, Berlin W. 85.

Inserate

finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigelegt ist.